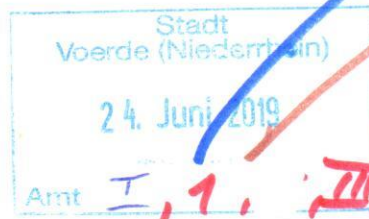




SPD - Fraktion Stadt Voerde

Stadt Voerde
Bürgermeister
Dirk Haarmann
Rathausplatz 20
46562 Voerde



Voerde, 24.06.2019
Fraktionsvorsitzender:
Uwe Goemann
Holthausener Str. 24
46562 Voerde
Tel.: 02855/961796
Handy: 0174/9621083

Resolution zur gerechten Fördermittelverteilung Antrag der SPD-Fraktion für den Stadtrat

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Haarmann,

die SPD-Fraktion bittet um die Aufnahme des Tagesordnungspunktes

Resolution zur gerechten Fördermittelverteilung in Folge des Abschlussberichts der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

für die nächste Sitzung des Stadtrates.

Begründung

Die Stadt Voerde hat den wirtschaftlichen Strukturwandel nach Beendigung des Steinkohlebergbaus erfolgreich gestaltet. Nun muss auch der von der Bundesregierung beschlossene Ausstieg aus der Energiegewinnung durch die Steinkohle gemanagt werden, um die wichtigen ökologischen Ziele Deutschlands zu erreichen.

Die Bundesregierung hat richtigerweise erkannt, dass bei der Stilllegung von Kraftwerken Unterstützungsleistungen für die betroffenen Standorte notwendig sind. In Deutschland und insbesondere in Nordrhein-Westfalen sind jedoch nicht nur Braunkohle-, sondern auch Kohlekraftwerksstandorte, wie das Steag/RWE-Kraftwerk in Voerde, von den energiepolitischen Grundsatzentscheidungen der Bundesregierung betroffen. Beide Kraftwerkstypen, Braun- und Kohle müssen in gleichem Maße Unterstützung erhalten.

Insbesondere die Flächen der Kraftwerksstandorte sind eine wesentliche Ressource und bieten eine Chance, relevante Wertschöpfung zu realisieren. Die Beseitigung stillgelegter Kraftwerke und eine Weiterentwicklung der Flächen zu Wohn-, Gewerbe- oder Industriegebieten erfordern jedoch finanzielle Ressourcen, die die Kraft von Voerde deutlich übersteigt.

Handwritten red signature and date: 24.06.

Resolution

Der Stadtrat fordert

- die Bundesregierung auf, Änderungen im Eckpunktpapier zur Umsetzung der strukturpolitischen Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ vorzunehmen **oder** das „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ **nicht** anhand der im Kabinett beschlossenen Eckpunkte auszurichten.
- die Bundesregierung auf, die Bedarfe aller in Folge ihrer energiepolitischen Grundsatzentscheidungen stillgelegten Kraftwerksstandorte in ihrer Förderkriterien zu berücksichtigen, um die vorhandenen Kraftwerksbrachen, wie auch das in Voerde, in prosperierenden Flächen verwandeln zu können.
- die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung für Änderungen im Eckpunktpapier stark zu machen und eine Gesetzesinitiative anhand der im Bundeskabinett beschlossenen Eckpunkte zu verhindern.
- die Landesregierung auf, mit den betroffenen Kommunen in NRW in einen nachhaltigen Dialogprozess zu Nachnutzung von Flächen ehemaliger Kohlekraftwerke zu treten.
- die Landesregierung auf, eigene, ergänzende Förderprogramme und strukturpolitische Maßnahmen für die Nachnutzung von Flächen ehemaliger Kohlekraftwerke auf den Weg zu bringen.
- die Bundes- und Landesregierung auf, gemeinsam einen Fond mit Fördermitteln einzurichten, der die Finanzierung der Flächennutzung unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen



Uwe Goemann
Fraktionsvorsitzender